

Rede des Fraktionsvorsitzenden Sven Anders in der Ratssitzung vom 17.03.2021 zum Thema „Straßenausbaubeitragssatzung“

Bevor ich mit der mündlichen Begründung unseres Antrages zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge beginne, lassen sie mich zwei Anmerkungen machen.

1. Ähnlichkeiten zum Inhalt unseres Antrages zu den Anträgen der umliegenden Kommunen ist rein zufällig und hat keinen Einfluss auf die Entscheidung der SPD-Ratsfraktion
2. Lieber Ratskollege Herr Dr. Hauck, ich danke Ihnen für Ihren offenen Brief, in dem Sie mich auffordern den Mitgliedern der SPD-Ratsfraktion zu erlauben „selbstständig“ die Entscheidung und ihre Position im Rat zu vertreten. Das lieber Herr Dr. Hauck, ist für die SPD-Ratsfraktion selbstverständlich und wurde in der Vergangenheit auch immer wieder gelebt.

Jetzt komme ich zur mündlichen Begründung unseres Antrages zur „Abschaffung der Strabs“

Das Thema „Straßenausbaubeitragssatzung“ beschäftigt die Menschen in Deutschland, in Niedersachsen und natürlich hier in der Gemeinde Lengede.

Als wir im März 2019 mit den ersten politischen Debatten zu dem Thema Strabs in der Gemeinde Lengede begannen und alle Parteien im Lengeder Gemeinderat ihre ersten

Positionen bekannt gaben, war uns klar, dass bei einer Veränderung der seinerzeit gültigen

Fassung, keinerlei Nachteile für die Allgemeinheit entstehen dürfen. Nach intensiven Beratungen haben wir, bei unserer Entscheidung im September 2020 die Satzung in der neuen Fassung zu beschließen, im Sinne der Allgemeinheit entschieden und dafür die damaligen relevanten Zahlen und Daten zugrunde gelegt.

Unser Beschluss zum Erhalt der Straßenausbaubeiträge war zu diesem Zeitpunkt richtig, da eine Umsetzung zur Abschaffung eine höhere Steuerbelastung der Bürgerinnen und Bürger, in der Zukunft, zur Folge gehabt hätte.

Warum haben wir die interne Diskussion bzgl. der Straßenausbaubeitragssatzung nach Beschlussfassung im September 2020 weitergeführt?

Viel zu oft verfolgen Parteien einen einmal gefassten Beschluss ohne Kompromisse. Wer dagegen, gerade in einer schwierigen und wichtigen Frage wie bei der

Straßenausbaubeitragssatzung aus vollster Überzeugung seine Meinung ändern möchte, handelt unserer Ansicht nach nicht als „Umfaller“, sondern handelt ehrlich, realitätsnah und verantwortungsvoll.

Als Kommunalpolitiker müssen wir unsere Beschlüsse immer wieder auf den Prüfstand stellen. Mit der Annahme des Amtes als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger im Gemeinderat haben wir uns verpflichtet, dieses nach bestem Wissen und Gewissen, unparteiisch und unter Beachtung der Gesetze auszuüben.

Genau das haben wir mit unserer Entscheidung zur Strabs vom September 2020 gemacht.

Wir haben diese in der SPD-Ratsfraktion auf den Prüfstand gestellt.

Leider war die Bereitschaft der Bevölkerung in den Jahren 2019 und 2020 trotz mehrfacher Ankündigung, dass sich die politischen Gremien mit diesem Thema beschäftigen sehr zurückhaltend.

Erst im Nachgang der Gemeinderatssitzung im September 2020 haben wir in Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern ein Stimmungsbild zur Strabs erhalten, das uns dazu gebracht hat, eine erneute Diskussion in der Fraktion zu beginnen. Auch in der Bürgerbefragung der SPD Lengede wurde das Abschaffen der Strabs thematisiert und gefordert.

Nach erneuter Betrachtung und Prüfung der aktuellen finanziellen Situation, im Rahmen der Haushaltsberatungen, sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass die Voraussetzungen gegeben sind, die Straßenausbaubeitragssatzung abzuschaffen und die geplanten Straßensanierungen in die zukünftigen Haushalte einzuplanen.

In der Finanzplanung der nächsten Jahre ist festzustellen, dass die Gemeinde Lengede im Jahr 2023 einen „positiven Cashflow“ erreicht. Das bedeutet, dass die Einnahmen höher sind als die Ausgaben. Es entsteht folglich ein errechneter Überschuss ab dem Haushaltsjahr 2023.

Mit diesen erwirtschafteten finanziellen Mitteln, können beispielsweise Investitionen getätigt oder Schulden zurückgezahlt werden. Hier eine Anmerkung. Die Pro-Kopf Verschuldung in der Gemeinde Lengede liegt bei 180€ pro Bürgerin oder Bürger und ist, gemäß der neuesten Berechnungen, die geringste pro-Kopf Verschuldung im Landkreis Peine.

Somit ist, nach heutigem Stand, ab dem Jahr 2023 eine Finanzierung aus dem laufenden Haushalt gewährleistet, ohne auf die sogenannten freiwilligen Leistungen zu verzichten, bzw. die Grundsteuer im Zusammenhang mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu erhöhen.

Wir haben den Mut und die Stärke unsere Entscheidungen zu überdenken und stetig neu zu bewerten, so wie wir uns zu Beginn dieser Wahlperiode verpflichtet haben.

Wir, die SPD-Fraktion im Gemeinderat Lengede, stehen aber auch zu dem diesjährigen Haushalt und haben uns verpflichtet, auch die Folgen der kommenden Haushalte mitzutragen. Diese Verpflichtung sind nur wir eingegangen, liebe Bürgerinnen und Bürger, es war die SPD-Fraktion im Gemeinderat Lengede die dem Haushaltsplan 2021 im Dezember zugestimmt hat. Somit können die Bürgermeisterin und die Mitarbeiter der Gemeinde so arbeiteten, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt den geplanten positiven Cashflow im Jahr 2023 erzielen.

Liebe Anwesende, uns ist es sehr wichtig mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Ein persönliches Gespräch ergibt meist viel mehr als das „über einander reden“. Daher stehen wir auch weiterhin für Gespräche zu Verfügung, auch wenn man vor einigen Wochen das Gespräch mit uns abgelehnt hat. Unsere Tür ist offen!

Der jetzige Gemeinderat wird voraussichtlich im September dieses Jahres in dieser Konstellation seine letzte Sitzung haben. Im November findet dann die konstituierende Sitzung des neuen Rates statt. Die dann gewählten Vertreter werden darüber entscheiden, welche Straßen in den kommenden Jahren saniert werden sollen.

Der im Gemeinderat beschlossene Investitionsplan für Straßenbaumaßnahmen sieht für dieses Jahr keine Kompletterneuerung mit Straßenausbaubeiträgen vor. Damit sich die neugewählten Politikerinnen und Politiker ihre eigene Meinung bilden können schlagen wir vor, eine Straße -nur im äußersten Notfall- z.B. bei extreme Kanalschäden oder ähnlichem, zu sanieren.

Die nächste Straßensanierung soll erst im Haushalt 2023 eingeplant werden, dann wie gewohnt unter Beteiligung der Anlieger, unter

Beteiligung der politischen Gremien und nach den Bauarbeiten ohne das Versenden eines Festsetzungsbescheids an die Personen, die in der Straße wohnen.

Natürlich ist uns bewusst, dass es nun auch Personen geben wird, die mit dieser Entscheidung nicht zufrieden sind.

Der Landesgesetzgeber hat uns aber mit der Änderung des Niedersächsischen

Kommunalabgabengesetzes die Möglichkeit gegeben, die Straßenausbaubeitragssatzung abzuschaffen, sofern die finanziellen Mittel gegeben sind.

Jetzt ist, anders als im letzten Jahr, erkennbar, dass wir ab 2023 die finanziellen Mittel zur Verfügung haben.

Somit können wir bewusst und entschlossen sagen:

Die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung ist nun möglich.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir -liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen- diesen Schritt für die Mitbürgerinnen und Mitbürger gemeinsam gehen können und Sie für unseren Antrag stimmen werden.

Vielen Dank